

Manager-Schelke: Merkel macht sich lächerlich!

Bundeskanzlerin Merkel spielt die Empörte. „Wenn Manager nach einem halben Jahr Arbeit mit 15 Millionen abgefunden werden, dann geht etwas kaputt in unserem Land“, klagt sie mit Blick auf die Abfindung des Arcandor-Chefs Karl-Gerhard Eick. Dass bei der Einkommensverteilung in Deutschland schon lange viel mehr kaputt ist, verschweigt sie. Und sie sagt nichts dazu, dass ihre Regierung eine effektive Begrenzung von Managergehältern und Boni-Zahlungen stets verhindert hat.

Die Millionen-Zahlung an den Kurzzeit-Chef des insolventen Kaufhauskonzerns Arcandor (Karstadt, Quelle) ist nur eine von vielen. Vor allem im Finanzbereich gehen die Gehaltsexzesse weiter. Die marode und nur durch den Staat gerettete Hypo Real Estate zahlte ihrem Chef Axel Wieandt im Frühjahr eine zusätzliche „Anerkennung“ in Höhe von einer halben Million Euro. Rund 21 Millionen wollte die – ebenfalls vom Staat gestützte – HSH Nordbank an ihre Manager auszahlen. Bei Banken, die bislang nicht direkt Staatsgelder bekamen, aber ebenso für die Finanzkrise verantwortlich sind, fließen die Millionen ohnehin wieder in Strömen. „Die Party geht weiter“ – so titelten die Zeitungen mit Blick auf die Boni-Zahlungen bei den Banken.

Dabei sind die Folgen verheerend. Zum einen wird die Einkommensverteilung noch ungerechter. Die in den vergangenen Jahren immer reicher gewordenen Spitzenverdiener bekommen noch mehr, während Normal- und Niedrigverdiener den Gürtel enger schnallen müssen. Zum anderen führen hohe gewinnabhängige Bonuszahlungen dazu, dass Manager weiterhin nur den kurzfristigen Gewinn der Unternehmen im Auge haben. Der langfristige Erhalt von Arbeitsplätzen wird ausgeblendet, gefährliche Finanz-Zockereien gefördert.

Mitten im Wahlkampf und nach dem Skandal um ihr Promi-Dinner für Ackermann & Co. findet nun auch Merkel die Bezahlung der Wirtschaftseliten irgendwie ungerecht. Sie springt auf den Zug des französischen Präsidenten Sarkozy auf und droht böse, die Banker-Boni auf dem Treffen der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G20) zu thematisieren. Bei einem solchen Treffen hatte die Kanzlerin bereits vor einem halben Jahr große Ankündigungen gemacht. Passiert ist seitdem nichts.

Passiert ist auch nichts bei dem viel wichtigeren Thema, die wilde Spekulation an den Finanzmärkten einzudämmen. Es kann im Prinzip noch weiter gezockt werden wie vor der Krise. Auch davon soll ein wenig wählerfreundliche Empörung über die Boni-Zahlungen ablenken.

Wenn sie wollte, hätte Merkels CDU-SPD-Regierung schon längst etwas gegen die schädlichen Exzesse unternehmen können. DIE LINKE hat immer wieder entsprechende Anträge und Forderungen im Bundestag eingebracht: Zur Begrenzung der Managergehälter, für eine Abgabe der Finanzmanager zur Finanzierung der Krisenfolgen und für ein gerechtes Steuersystem. CDU und SPD haben alle diese Anträge abgelehnt. Anstatt nun Krokodilstränen zu vergießen und leere Ankündigungen zu machen, sollte Merkel endlich handeln und sich den Forderungen der LINKEN anschließen.

DIE LINKE fordert konkret:

- Falsche Anreize bei Managervergütungen abschaffen: Verbot von Aktienoptionen, Verschärfung der Haftung von Managern!
- Bezüge von Vorstandsmitgliedern bei Unternehmen mit Staatsbeteiligung auf höchstens das 20-fache eines sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der untersten Lohngruppe beschränken!
- Spitzensteuersatz auf 53 Prozent anheben (Einkunftspunkt 65.000 Euro)!
- Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einzuführen: Privatvermögen von über einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent besteuern!
- Für Unternehmen die Absetzbarkeit von Abfindungen auf 1 Million Euro pro Person beschränken!
- Befristete Sonderabgabe auf steuerpflichtige Einkünfte von mehr als 600.000 Euro für Beschäftigte der Finanzbranche!

Redaktionsschluss: 4. September 2009